

**DEPARTEMENT
GESUNDHEIT UND SOZIALES**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

| | |
|---------------------------|--|
| Name der eAnhörung | Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (EG Familienzulagengesetz, EG FamZG); Änderung |
| PDF-Dokument generiert am | 10.10.2023 14:17 |
| Stellungnahme von: | FDP.Die Liberalen Aargau |

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (EG Familienzulagengesetz, EG FamZG); Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 30.06.2023 bis 20.10.2023.

Inhalt

Im Kanton Aargau gelten für die Familienzulagen die vom Bund festgelegten monatlichen Mindestansätze (für Kinder bis zu ihrem vollendeten 16. Lebensalter Fr. 200.–, für Jugendliche Fr. 250.–). Der Regierungsrat schlägt vor, die Familienzulagen um Fr. 10.– zu erhöhen. Daneben gibt es weiteren Anpassungsbedarf (Aufhebung Defizitgarantie des Kantons für die kantonale Familienausgleichskasse, Präzisierung der kantonalen Anerkennungsvoraussetzungen für private Familienausgleichskassen, Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Veröffentlichung der Kennzahlen der im Kanton Aargau tätigen Familienausgleichskassen).

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

Betreffend Frage 1:

KANTON AARGAU

Departement Gesundheit und Soziales

Dr. Lorraine Mérillat
Leiterin Kantonalen Sozialdienst
Kantonaler Sozialdienst
062 835 29 91
loranne.merillat@ag.ch

Betreffend Frage 2:

KANTON AARGAU

Departement Gesundheit und Soziales

Sibylle Müller
stv. Generalsekretärin
Generalsekretariat
062 835 29 29
sibylle.mueller@ag.ch

Bitte beachten Sie: Diese Anhörung wird als eAnhörung durchgeführt. Ihre Stellungnahme reichen Sie bitte elektronisch über das "Smart Service Portal" (www.ag.ch) ein. Wenn dies aus zwingenden Gründen nicht möglich ist, stellen Sie Ihre Stellungnahme postalisch oder per E-Mail zu:

Departement Gesundheit und Soziales
Generalsekretariat
Bachstrasse 15
5001 Aarau
geraldine.wismann@ag.ch

Angaben zu Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

| | |
|-----------------------|--------------------------|
| Name der Organisation | FDP.Die Liberalen Aargau |
| E-Mail | info@fdp-ag.ch |

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

| | |
|----------|--------------------------------|
| Vorname | Tobias |
| Nachname | Hottiger |
| E-Mail | tobias.hottiger@grossrat.ag.ch |

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1

Sind Sie damit einverstanden, dass die Familienzulagen um Fr. 10.– erhöht werden?

Familienzulagen haben einen Effekt auf das frei verfügbare Einkommen von Familien und tragen somit zur Attraktivität des Kantons als Wohn- und Arbeitskanton für Familien bei. Gleichzeitig ist die finanzielle Mehrbelastung der Arbeitgebenden und Selbständigerwerbenden sowie des Kantons und der Gemeinden durch höhere Familienzulagen zu berücksichtigen, weshalb der Regierungsrat eine Erhöhung der Familienzulagen um Fr. 10.– als sinnvoll und finanziell tragbar erachtet.

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Beim Entscheid über die Höhe der Familienzulagen gilt es, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Aspekte gegeneinander abzuwägen. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Erhöhung um 10 CHF erachtet die FDP. Die Liberalen als tragbaren Kompromiss. Von den gestiegenen Lebenshaltungskosten sind nicht zuletzt auch Familien mit Kindern stark betroffen. Andererseits ist der FDP bewusst, dass durch höhere Familienzulagen eine finanzielle Mehrbelastung für die Aargauer Wirtschaft entsteht. Die Kosten werden von den Arbeitgebern und Selbständigerwerbenden sowie zu einem kleinen Teil auch vom Staat getragen.

Frage 2

Sind Sie damit einverstanden, dass die Leistungskennzahlen der Familienausgleichskassen veröffentlicht werden?

Zur Steigerung der Transparenz, Effizienz und Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Familienausgleichskassen will die Aufsichtsbehörde (Departement Gesundheit und Soziales) neu jährlich je Familienausgleichskasse die Leistungskennzahlen veröffentlichen. Die Offenlegung von Daten schafft für die Familienausgleichskassen einen Anreiz, wirtschaftlich zu arbeiten. Davon profitieren die angeschlossenen Betriebe der Familienausgleichskassen und damit auch die Kantone und Gemeinden in ihrer Funktion als Arbeitgeber.

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Schlussbemerkungen

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.